"Den Einfluss der Religion ausschliessen" : UdSSR-Wissenschafter kritisiert sowjetische Religionsgesetzgebung

Autor(en): **EPD**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142243

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schuld. Christlicher Glaube verbreitet Freiheit auf allen Lebensgebieten. Darum kann die Kirche auch die Politik nicht ausschließen. In ihren Gottesdiensten wird sie etwas von erfahrener Freiheit und Freude zum Ausdruck bringen.

Von der Politik und von der Theologie her wurden die Fragen kritisch beleuchtet: Wie kann die Theologie präzise Forderungen an die Politik richten, wenn die Theologen im Zentralen selbst nicht einig sind? Wo sind in unserm Land die armen Gefangenen? Welches ist die Alternative zum bösen Kapitalismus? — Wie kann die Kirche Widerstand leisten, wenn sie den Kreuzesweg zu gehen hat? Wieso ist Zwingli, der seine Politik «nach der Richtschnur Christi» richten wollte, als Aggressor auf dem Schlachtfeld gestorben? Wäre es nicht besser gewesen, wenn er «sachlicher» gewesen wäre, statt sich der «Schnur Christ-Theorie» zu verschreiben?

Widerstand ist nach Moltmann gerechtfertigt, wenn eine Regierung ihre eigenen Gesetze ständig bricht, wenn sie Gesetze gegen die eigene Verfassung erläßt oder eine Verfassung erstellt, die den Menschenrechten widerspricht. Bei solchen Begebenheiten freilich hätte eigentlich jeder Christ zu widerstehen, wobei er sich bewußt sein muß, daß jede Gewaltanwendung schuldhaft ist, auch wenn sie für den Unterdrückten geschieht. «Wer anders denkt und nicht verbirgt, daß er anders denkt als die Mächtigen, leistet schon Widerstand, der viel kostet». Die Befreiung Gottes umfaßt den ganzen Menschen, nicht nur seinen Geist. Die Kirche tut ihren Befreiungs-Dienst in bestimmten Aufträgen, die ihre Konsequenzen bis ins Politische hinein haben.

Wer realistische und praktische Vorschläge bis in Einzelheiten erwartet hatte, was er morgen zu tun habe, der war enttäuscht. Wer in der Hoffnung gekommen war, neue Denkanstöße zu bekommen, der ging nicht leer nach Hause. Und wäre es nur der wichtige Gedanke, daß die «Groß-Kirche» und die «Innovationsgruppe» (Taizé, Arbeiterpriester, christliche Kommunen) einander benötigen. Die kleinen, konsequenten und oft extremen Gruppen, leisten der Groß-Kirche Schrittmacherdienste. Darum soll diese die Klein-Kreise nicht in den Untergrund drängen! Wenn jeder an seinem Platz das Wort Christi in die Tat umsetzt, dann wird die Kirche auch heute ihren erneuernden Befreiungsdienst tun können. EPD, 29. Aug. 73

«Den Einfluß der Religion ausschließen»

UdSSR-Wissenschafter kritisiert sowjetische Religionsgesetzgebung

Der sowjetische Mathematiker Schafarewitsch, engster Mitarbeiter des Kernphysikers Andrej Sacharow, kritisierte im inoffiziellen Komitee

für die Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR die sowjetische Religionsgesetzgebung. Eine normale Entwicklung des religiösen Lebens sei eine der Grundbedingungen für die Existenz des Staates. Die Schließung der Hälfte aller Kirchen versetze dem Land einen nicht geringeren Schlag, als es die Schließung der Hälfte aller wissenschaftlichen Institute tun würde. Insbesondere seien die Dutzend Millionen gläubiger Bürger des Landes, bei denen es um die Grundfrage ihres Lebens gehe, von der antireligiösen Gesetzgebung betroffen. Schafarewitsch kritisiert das Verbot religiöser Kindererziehung und setzt sich für einen freiwilligen Religionsunterricht in der UdSSR ein. Alle mit den religiösen Überzeugungen nicht zu vereinbarenden Elemente sollten aus dem Lehrprogramm der Schulen und Hochschulen entfernt werden.

EPD vom 12. Sept. 1973

Über die Zukunft des Staates Israel

Offener Brief an
Herrn Dr. Nahum Goldmann, Präsident des Jüdischen Weltkongresses
Jerusalem

Sie werfen in einem Interview mit dem «Spiegel» das Kernproblem auf, das nicht nur Israel, sondern allen Staaten endlich gestellt ist. Selbst die «Falken» wollen den Frieden, aber auch in den Staaten, wo er genau so gefährdet ist, benutzen die Regierungen wie in Israel Methoden, bei denen zu bezweifeln ist, daß sie zum Frieden führen werden. Das trifft sogar heute noch für unsere deutsche Bundesrepublik zu, wo wir einen Heinemann als Präsidenten und ihm entsprechende Leute in der Regierung haben, die zu wirklicher, produktiver Friedenspolitik geeignet sein könnten.

Aber Deutschland ist, wie Israel, in einer tragischen Situation, die bei Israel noch mehr geographisch bedingt ist. Jüdische Freunde von mir waren von Anfang an der Meinung, daß die Gründung Israels als Pfahl im Fleisch der arabischen Welt nicht gut gehen könne. Und der Ausspruch Boumediennes: «Warum müssen die Araber für das aufkommen, was die Christen jahrtausendelang an den Juden verbrochen haben?», wird sich kaum entkräften lassen. Und wenn Ben Gurion wirklich in seinen Memoiren geschrieben hat: «Wir sind ein dynamisches Volk, auf Expansion angewiesen; der Jordan ist noch lange nicht unsere Grenze», so reicht das, um jede Friedensmöglichkeit für Israel von vornherein unmöglich zu machen.

Also kann es wohl nicht um eine immer weitere Einwanderung von Juden nach Israel gehen, was Ben Gurion fordert — nicht um eine expansive, sondern um eine intensive Entwicklung. Wofür ich als Deutscher Verständnis habe, da dies auch unser Problem ist.